



Zwischen Mensa  
und Moritzbastei

## KOMMENTAR

VON  
NELE CHRISTOPH



## Viel Lärm um nichts?

Wir lesen mal Auszüge aus dem Koran. Das ist eine Religion des Friedens, nicht des Terrors oder der Sharia. "Diese angeblich falsche Aussage wird auf dem AfD-Lehrermeldeportal als kritisches Beispiel genannt. Lehrer, die sich so im Unterricht äußern, sollen von ihren Schülern der Landesfraktion der sächsischen AfD gemeldet werden.

Pfiffige Schüler würden jetzt bemerken: „Der Koran ist gar keine Religion. Die Religion heißt Islam, und in ihr kann man nicht lesen. Man kann an sie glauben oder eben nicht.“ Die AfD aber glaubt, dass das Lesen anderer religiöser Schriften in einem christlich geprägten Land als „Werbung für kulturfremde Weltanschauungen“, so heißt es auf der Internetseite „Lehrer SOS“, höchst gefährlich und unbedingt anzuzeigen ist.

Mit dem kürzlich veröffentlichten Lehrermeldeportal will sie ihren persönlichen Beitrag zur Demokratie leisten. Dass sie dafür Überwachungsverfahren anwendet, die an die DDR-Diktatur erinnern, sollte bei so manchem Lehrer, der schon zu DDR-Zeiten unterrichtete, schlechte Erinnerungen hervorrufen. Kinder sollen sogar als Spitzel gegen ihre Mitschüler benutzt werden, wenn Kinder mit Migrationshintergrund deutsche Kinder rassistisch beleidigen. Laut „Lehrer SOS“ steht dieses Verhalten „Gästen nicht zu“. Auf Nachfrage, wie oft es zu derartigen Vorfällen in Sachsen bisher kam, gab die Partei keine Antwort. Das sächsische Schulministerium, dem die prekärsten Vorfälle durch die AfD weitergeleitet werden sollen, erhebt darüber keine Statistik, zu unerheblich sei die Anzahl der Meldungen.

Die Aktion dient wohl einerseits dem Ziel, erneut die mediale Aufmerksamkeit zu bündeln, was leider gelungen ist. Andererseits sollen Lehrer eingeschüchtert werden. In diesem Punkt könnte sich die AfD verrechnen haben. Viele Lehrer haben mit ihrer Unterschrift unter einen offenen Brief gezeigt, dass sie sich nicht mundtot machen lassen. Die Pädagogen betrachten Meinungsfreiheit als essenziellen Bestandteil der Demokratie – und haben den Mut, diese offen zu verteidigen.

Nele Christoph ist Studentin des Bachelorstudienganges Kommunikations- und Medienwissenschaft im dritten Semester.

## DREI FRAGEN AN ...

### ... Sebastian Tilch über Artenschutz

Sie sind Wissenschaftsjournalist und Diplom-Biologe in Leipzig am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung. Einige Kollegen waren jüngst bei der 14. UN-Biodiversitätskonferenz in Ägypten. Wofür steht die Konferenz genau?



Sebastian Tilch

1992 wurden drei internationale Naturschutzkonventionen gegründet. Eine davon ist das Übereinkommen über die biologische Vielfalt, ein naturschutzpolitischer Rahmen auf Ebene der Vereinten Nationen. Die 196 Mitgliedsstaaten treffen sich alle zwei Jahre zu dieser Konferenz.

### Welche Ziele werden verfolgt?

Der Verlust von Arten und Lebensräumen soll gestoppt und Naturschutzgebiete sollen ausgeweitet werden. Leider lassen sich die vereinbarten Ziele bis 2020 nicht erreichen. Deshalb müssen verbindliche Zusagen durch die einzelnen Staaten erfolgen und die Umsetzung muss verbessert werden.

### Inwieweit sind Leipziger Forschungsinstitute an diesen Maßnahmen beteiligt?

Seit 2012 gibt es den Weltbiodiversitätsrat, der die internationale Naturschutzpolitik wissenschaftlich fundiert beraten soll und zu dem auch forschende Leipziger Institutionen, wie die Universität Leipzig oder das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung beitragen. Der Rat erstellt Berichte, die den Zustand der Natur und die Ursachen des Schwundes der Arten und Lebensräume erfassen und Gegenmaßnahmen vorschlagen. Dieses Wissen wird so auch zur Grundlage der Verhandlungen bei der UN-Biodiversitätskonferenz.

Interview: Max Birnbaum



## Orchesterklang im Wohnzimmer

Gemütlichkeit, Nähe, entspannte Stimmung: So in etwa lässt sich die Atmosphäre bei Wohnzimmerkonzerten beschreiben. Bei diesen spielen die Musiker nicht in der großen Konzerthalle, sondern im Wohnzimmer der lauschenden

Gäste. Für Studierende der HMT ist das wie hier beim Weihnachtsoratorium eine nette Abwechslung – aber auch eine Herausforderung. Denn ein Wohnzimmer wird für so viele Musiker ganz schön eng.

# Kampf um die Meinungsfreiheit

Leipziger Pädagogen wehren sich gegen das Lehrermeldeportal / Unklare Rechtslage

VON MAX BROSE

„Die AfD ist eine Partei, die mehr Schadstoffe will, mehr Waffen und gegen Flüchtlinge ist.“ Äußern Lehrkräfte solche Sätze im Unterricht, müssen sie sich vor Gericht verantworten, fordert die Internetseite der sächsischen AfD-Fraktion „Lehrer SOS“ und liefert die passende Online-Plattform gleich mit. Per sieben-spaltigem Formular können Schulkinder und deren Eltern Lehrkräfte melden, die im Unterricht die AfD kritisieren. Eine interne Sechsmann-Kommission werte die Meldungen aus und schicke sie gegebenenfalls an das Kultusministerium, erklärt Rolf Weigand, hochschulpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion. „Damit wollen wir das Neutralitätsgebot an Schulen wahren.“

Für Christian Eichfeld schränkt „Lehrer SOS“ hingegen den kritischen Dialog an Schulen ein. Der Sonderpädagoge der Uni Leipzig und seine Kollegin Maika Jirschtzka initiierten einen offenen Selbstanzeigebrief, den 61 Hochschullehrkräfte unterzeichnet haben. Der offene Brief ist eine aktive Protestform gegen „Lehrer-SOS“. Damit wollen sie verdeutlichen, „dass sie weiterhin menschenverachtende, rassistische oder antisemitische Positionen von Parteifunktionären diskutieren“. „Lehrer SOS“ sei eine Denunziationsplattform, die indirekten Druck auf Lehrkräfte ausübe.

Weigand zeigt sich von der Anschuldigung überrascht: „Dass wir Lehrer an den Pranger stellen sollen, hat uns ein Stück weit erschrocken.“ Sie würden keine Klarnamen veröffentlichen. Kurz nach dem Interview nannte Weigand im sächsischen Landtag jedoch Klasse und Schule eines Lehrers aus Pirna. Dessen Aussage, die AfD wolle eine Diktatur errichten, prüfte der sächsische Kultusminister Christian Piwarz. Das Ergebnis: Diesen Vorfall gab es nicht.

Neben dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus missbilligen auch die Lehrgewerkschaft GEW in Sachsen und das Landesamt für Schule und Bildung in Sachsen das Meldeportal. „Solche Portale mit stasi-ähnlichen Schnüffelmethode brauchen wir nicht“, sagt Roman Schulz, Pressesprecher des Landeschulamts. Ihm ist wichtig, dass auch weiterhin offene kritische Diskussionen in Schulen geführt werden. Lehrbeschwerdeseiten der AfD gingen auch in Berlin, Hamburg, Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt online, zwar unter anderen Namen, aber mit der gleichen Funktion, die immer mehr juristische Bedenken hervorruft. So erklärte ein Datenschutzgremium des sachsen-anhaltinischen Landtags das dortige Portal für rechtswidrig. Eine Meinung, die der Rechtsrat mit anderen Juristen teilt, etwa mit Christian Solmecke.

Der Kölner Rechtsanwalt hat sich auf Internetrecht spezialisiert und berät in Youtube-Videos und persönlichen Gesprächen von der AfD angeprangerte Lehrkräfte. Seiner Ansicht nach verstoßen die AfD-Meldeportale gegen die Daten-



Die AfD im Sächsischen Landtag betreibt das Portal „Lehrer SOS“, auf dem politische Stellungnahmen in Schulen gegen die AfD gemeldet werden können. Foto: Screenshots

schutzgrundverordnung (DSGVO). Die europäische Verordnung, seit 25. Mai in Kraft, soll die Weitergabe eigener Daten an Dritte im Internet verhindern. Artikel 9 der DSGVO schützt persönliche Daten über politische Einstellungen in besonderer Maße. Doch die AfD hat einen blinden Fleck der DSGVO offengelegt und nutzt ihn für ihre Zwecke. Keines der Lehr-

portale betreibt die AfD selbst. Stattdessen delegiert sie die Zuständigkeit an ihre Landtagsfraktionen, deren parlamentarische Tätigkeiten nicht unter die Kontrolle der DSGVO fallen.

Daher sieht auch Andreas Schneider, Sprecher des sächsischen Datenschutzbeauftragten, keine datenschutzrechtlichen Hürden für „Lehrer SOS“.

„Die AfD-Fraktion kann argumentieren, dass sie als parlamentarische Funktion mit dem Portal die Exekutive überwacht.“ Grundlegend müsse sich der Datenschutz hier an Maximen orientieren, meint Schneider: „Wenn man Ärzte und Fliesenleger auf Bewertungsportalen kritisieren kann, aber Lehrer an öffentlichen

Schulen frei davon bleiben, ist das nicht maßstäblich.“ Rechtsanwalt Solmecke teilt diese Einschätzung nicht. „Hier werden die gemeldeten Daten ganz offenkundig auch zu dem Zweck gesammelt, Lehrer mundtot zu machen.“ Daher gelte „Lehrer SOS“ vor allem einer langfristigen Durchsetzung von Parteiinteressen. Ob die Seite rechtswidrig ist, bleibt unter Datenschutzbeauftragten ein Streitpunkt, da die DSGVO erst seit Kurzem gilt.

Auf der sächsischen Variante des Meldeportals können Anzeigende zudem Dateien und damit auch Fotos von Lehrkräften hochladen. Das verstoße gegen das Recht am eigenen Bild – ein Gesetz, bei dem die rechtliche Hintertür, die Lehrportale auf die Fraktionen zu verlagern, nicht greift, so Solmecke. Der sächsische Datenschützer Schneider sieht den unkommentierten Dateianhang als kein Problem für die Rechte am eigenen Bild: „Nach meinem Wissen hat niemand in der AfD-Fraktion dazu aufgerufen, dort Bilder der Lehrkräfte zu veröffentlichen.“ Zudem könne er nicht nachvollziehen, warum das Portal als Lehrpranger bezeichnet werde.

Eine Unterabteilung des sächsischen Datenschutzes ging von selbst auf die AfD-Fraktion zu, um sie in datenschutzrechtlichen Fragen zu „Lehrer SOS“ zu beraten. Dem Hochschullehrer und Initiator des offenen Briefs Christian Eichfeld ist es „unerklärlich, warum die Position des Datenschutzes des sächsischen Landtages eine andere ist als die des sachsen-anhaltinischen“. Für ihn ist „Lehrer SOS“ ein Einschüchterungsinstrument, von dem sich Lehrkräfte aber nicht unterdrücken lassen dürfen.

AFD-Hochschulsprecher Weigand spricht von „Missverständnissen“, die er austräumen möchte. So sagte er im Interview: „Wir wollen die Lehrkräfte in einem Brief nach Dresden zu Gesprächen einladen.“ Wenige Tage später veröffentlichte die AfD eine Pressemitteilung, in der sie das Angebot erneut ankündigte. Bis heute ist kein Einladungsschreiben bei Eichfeld und Kollegen eingegangen.

### Damit wollen wir das Neutralitätsgebot an Schulen wahren.

Rolf Weigand,  
Sprecher der AfD-Fraktion  
im Sächsischen Landtag

### Solche Portale mit stasi-ähnlichen Schnüffelmethode brauchen wir nicht.

Roman Schulz,  
Sprecher des Landesamts für  
Schule und Bildung

# Forschen für die Bundeswehr?

Studierende der Universität Leipzig stimmen über eine mögliche Zivil- und Transparenzklause ab

VON JOHANNA HONSBURG

Darf eine Universität für die Bundeswehr forschen oder vom Militär gefördert werden? Nein, sagen in Deutschland 56 Hochschulen und haben deshalb eine sogenannte Zivilklause in ihre Grundordnung aufgenommen. Die besagt, dass sich die Hochschule dazu verpflichtet, nur für zivile und friedliche Zwecke zu forschen. Forschungsgelder etwa von der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie dürfen dann nicht mehr angenommen werden.

Die Universität Leipzig findet sich nicht unter den 56 Hochschulen – und das versucht eine studentische Initiative derzeit zu ändern. In Leipzig haben Studierende bereits im Jahr 2015 unter dem Namen „Zivilklause jetzt“ ein Bündnis gegründet, welches sich aktiv für eine Zivilklause einsetzt. Swetlana Paul, Mit-

glied von „Zivilklause jetzt“, fordert, dass Wissenschaft immer dem Wohle der Gesellschaft dienen sollte. Jedes Forschungsprojekt solle immer hinterfragen, ob das Projekt zu einem Schaden von Menschheit und Natur führen könnte, so Paul.

Um diese Forderung auch in den Senat der Universität einbringen zu können, braucht das Bündnis allerdings mehr Unterstützung. Deshalb hat sich auch der Studentenrat stärker mit der Frage befasst, ob es eine Zivilklause an der Universität geben sollte. Bis Ende Januar können Studierende anhand eines Online-Fragebogens darüber abstimmen. Hanns Thiel, Refe-

rent für Hochschulpolitik beim Studententrat, wünscht sich eine Zivilklause an der Universität. Genauso wichtig sei aber, dass die Universität transparent mache, von wem ihre Forschungsprojekte gefördert werden. „Die Zivilklause ist ja eine nette Selbstverpflichtung, aber es kann niemand sagen, ob die auch wirklich eingehalten wird oder nicht.“

Der Prorektor für Forschung an der Universität Leipzig, Erich Schröger, sieht eine Zivilklause eher kritisch. Denn sie wirft, so der Professor für Kognitive und Biologische Psychologie, auch jede Menge Fragen auf. Zum Beispiel sei es schwierig, richtig abzu-

grenzen, wo das militärische Forschen beginnt: „Bedeutet das dann, dass man mit der Bundeswehr gar keine gemeinsamen Projekte haben kann?“ Zudem sei mit der Zivilklause nicht garantiert, dass Forschungsprojekte und deren Ergebnisse im Nachhinein nicht doch noch für militärische Zwecke genutzt werden.

Ganz ohne Richtlinien wird an der Universität Leipzig trotzdem nicht geforscht. Ihre Grundordnung besagt, dass sie sich „ihrer Verantwortung für die Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere für Mensch und Natur“ stellt. Ob zu dieser Grundordnung in der Zukunft noch eine Zivilklause hinzukommt, ist laut Schröger schwer einzuschätzen, das Thema sei aber in der Diskussion. Das Bündnis „Zivilklause jetzt“ gibt dementsprechend nicht auf. Am Ende entscheidet der Senat.



Swetlana Paul



Erich Schröger

## Cinestar zu groß für Vorlesungen

Von der Uni angemietete Kinosäle kaum ausgelastet

VON LUCAS SCHWARZ

Montagsmorgen, 9.15 Uhr: Eine Gruppe junger Leute schleift sich durch das Cinestar im Petersbogen, an den Theken wird statt Popcorn Kaffee angeboten. Doch das ist nicht das einzige, das im Kino irgendwie anders ist an diesem Morgen. Vier Mal wöchentlich finden im Cinestar Vorlesungen der Uni Leipzig statt. Ein gestiegener Bedarf an großen Hörsälen hat dazu geführt, dass einige Veranstaltungen in die Kinosäle ausgelagert wurden.

Zwischenzeitlich zeigt sich: Die angemieteten Kinosäle, die Platz für rund 450 Besucher bieten, sind für die Veranstaltungen zu groß. Die Vorlesung zur Varietätslinguistik am Montagmorgen besuchen im Schnitt nur noch rund 70 Studierende. „Am ersten Tag war es noch ziemlich voll. Wahrscheinlich wollten die Leute sich noch erkundigen, wie das Semester abläuft. Aber danach hat die Anwesenheit rapide abgenommen“, erzählt Doris Schönefeld, Professorin für anglistische Linguistik an der Uni Leipzig. Wenn nach der ersten Woche nicht einmal mehr die Hälfte der Leute erscheine, brauche man auch keine Kinosäle anzumieten, findet Schönefeld. „Solange wir Anwesenheit nicht als einen obligatorischen Bestandteil des Studiums sehen, stellt sich meiner Meinung nach auch die Raumfrage nicht.“

Es geht aber nicht nur um die Sitzplätze für die Studierenden – mit der Auslagerung der Vorlesungen gehen auch technische Probleme einher. Schönefeld bemängelt, dass die Universität im Kinosaal keine Internetverbindung bereitstellt, obwohl das technisch machbar wäre. „Das hat mich natürlich sehr ins Erstaunen gebracht. Wenn mir die Universität schon solche Arbeitsbedingungen zumutet, dann denke ich, dass sie auch so viel Geld in die Hand nehmen sollte, dass alles problemlos funktioniert.“ Die Leipziger Uni-Leitung hält trotz der geringen Auslastung die zusätzlich angemieteten Hörsäle für notwendig. Man sei ohnehin nicht davon ausgegangen, dass die Kinosäle jedes Mal voll besetzt seien, sagt Carsten Heckmann, Pressesprecher der Universität. Der Hauptcampus biete nicht genügend Platz für den aktuellen Bedarf an Hörsälen. Das liegt daran, dass es aktuell mehr Erstsemester-Studenten in ohnehin schon beliebten Studiengängen wie Lehramt und Jura gibt.

Dieser Zuwachs, so Heckmann, sei vom Freistaat Sachsen erwünscht und werde auch finanziell unterstützt. Die Kinosäle sollen jedoch nur eine Übergangslösung sein: „Natürlich sehen wir die Kino-Nutzung nicht als dauerhafte Lösung. Dass wir für die Juristenfakultät einen Neubau inklusive mehrerer Hörsäle brauchen, ist ja bekannt“, erklärt Heckmann. Notwendige Gelder für einen solchen Neubau seien vom Wissenschaftsministerium schon bewilligt worden, müssten aber noch vom Finanzministerium freigegeben werden.

## Konferenz über Else Lasker-Schüler im Dubnow-Institut

Den 150. Geburtstag von Else Lasker-Schüler am 11. Februar nimmt das Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur „Simon Dubnow“ zum Anlass, ihr Werk und die deutschsprachige Palästina-Dichtung des frühen 20. Jahrhunderts neu zu betrachten. Vom 6. bis zum 8. Februar findet die Dubnow-Jahreskonferenz in Zusammenarbeit mit dem Institut für Germanistik der Universität Leipzig, dem Deutschen Literaturarchiv Marbach und dem Franz-Rosenzweig-Minerva-Forschungszentrum der Hebräischen Universität Jerusalem statt.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Israel, der Schweiz, Belgien und Großbritannien werfen dabei einen Blick auf das Werk der deutsch-jüdischen Dichterin. Historische und literaturwissenschaftliche Vorträge setzen ihre Dichtungen in den Kontext einer allgemeinen deutsch-jüdischen Erfahrungsgeschichte: Das Schicksal von Flucht und Exil, der unwiederbringliche Verlust der Heimat und die Bedeutung der Muttersprache stehen im Fokus.

Anmeldungen sind bis 28. Januar unter [www.dubnow.de](http://www.dubnow.de) möglich.

Campus Leipzig ist ein Gemeinschaftsprojekt der LVZ und des Studiengangs Journalismus der Universität Leipzig, gefördert von der Sparkasse Leipzig. Die Seite wird von der Lehrredaktion Crossmedia produziert.

Chefredaktion: Dimo Rieß, Andreas Lamm, Gesamtprojektleitung: Prof. Dr. Markus Beiler. Chefs vom Dienst dieser Ausgabe: Luisa Bula, Johanna Stolz, Luise Tasler.

Schreiben Sie und unter campus@uni-leipzig.de. Im Internet: lvz.de/campus

